

Resolution der SPD – Kreiskonferenz Hassberge



Maroldsweisach, 9. Juni 2017

Die Resolution wurde mit sehr großer Mehrheit beschlossen!

Die Konferenz des SPD Kreisverbandes Haßberge fordert die Bayerische Staatsregierung auf, den Steigerwald in den aktuellen Prozess zur Auswahl eines 3. Nationalparks in Bayern und in die notwendigen Untersuchungen und Studien einzubeziehen!

Die Delegierten der Landkreis SPD fordern eine „Faire Chance für den Steigerwald!“ – Der Steigerwald darf nicht von vorneherein bei der Nationalparksuche ausgeschlossen werden!

Die SPD Kreiskonferenz des Landkreises Haßberge appelliert an Landrat Wilhelm Schneider, sich für eine ergebnisoffene Prüfung einzusetzen und die Staatsregierung aufzufordern, den Steigerwald in den ergebnisoffenen Suchprozess für den dritten Nationalpark einzubeziehen. Es liegt in der politischen Verantwortung des Landrates, sich für die Regionalentwicklung des gesamten Landkreises und damit auch des Steigerwaldes einzusetzen.

Ministerpräsident Horst Seehofer und Umweltministerin Ulrike Scharf haben im August 2016 angekündigt in Bayern einen dritten Nationalpark zu errichten. Ein Nationalpark sei ein „ökologisches Konjunkturprogramm allererster Güte“, Scharf: „Ein neuer Nationalpark ist ein Angebot an die Regionen“. Sie plane ein „offenes und transparentes Verfahren“. Durch diese Ankündigung der Staatsregierung ergibt sich eine völlig neue Situation. Es wäre nicht verantwortbar mögliche Chancen für den Steigerwald, für die gesamte Region nicht zu prüfen.

Es darf nicht passieren, dass verantwortliche Kommunalpolitik die in Aussicht gestellten staatlichen Fördergelder in Millionenhöhe, Investitionen und hunderte neue Arbeitsplätze ungeprüft ausschlägt. Basis für wichtige Entscheidungen sollten Fakten sein: neutrale und umfassende Information ist erforderlich. Die Bayerische Staatsregierung bietet den geeigneten Regionen eine umfassende Information an!

Unabhängig davon wie sich die Region danach zu einem Nationalpark positioniert, sollte der Landrat des Landkreises Haßberge Wilhelm Schneider dieses Informationsangebot annehmen!

Die Chance werde dann zumindest sachgerecht geprüft. Eine Befriedung lässt sich nur durch Einbindung, Information und Transparenz erreichen, nicht durch einseitige Ausgrenzung!

Begründung:

Seit 10 Jahren wird im Steigerwald über einen Nationalpark diskutiert, um die welterbewürdigten Buchenwälder besser zu schützen und die Regionalentwicklung anzukurbeln. Jetzt soll in Bayern ein dritter Nationalpark eingerichtet werden. Die bayerische Staatsregierung stellt 10-15 Millionen Euro jährlich dafür in Aussicht und millionenhohe Wertschöpfung durch den Tourismus. Alle geeigneten Gebiete dürfen sich bewerben - nur der Steigerwald bleibt als einziges, gleichwohl nach den fachlichen Kriterien der Staatsregierung hochgradig geeignetes Gebiet ausgeschlossen.

Wir fordern: Gleiche Chance für den Steigerwald! Mit genau diesen Millionen an Fördergeldern, lokalem Wirtschaftswachstum, hunderten neuen regionalen Arbeitsplätzen und dem Versprechen, dass es in Nationalparkregionen keine Verlierer geben wird, wirbt die Bayerische Staatsregierung seit kurzem für einen 3. Nationalpark in Bayern. Auch die Brennholzversorgung der örtlichen Bevölkerung wird zugesichert.

Noch ist nichts entschieden - niemand weiß, wo der nächste Nationalpark eingerichtet wird und welche Region von diesen zukunftssträchtigen Investitionen profitiert. Angesichts dieser völlig neuen Ausgangslage und den Zusicherungen der Staatsregierung ist es politisch nicht mehr verantwortbar, diese Angebote nicht anzunehmen. Dies wäre zum Schaden der Kommunen, der Region und der Natur.

Mit dieser Resolution wollen wir mithelfen den Steigerwald als unsere Heimat lebenswert erhalten. Dies bedeutet stetig zu handeln und aktiv Verbesserungsmöglichkeiten aufzugreifen. Während viele Städte und Zentren boomen, stagnieren viele unserer Dörfer im Steigerwald eher oder schrumpfen gar. Das sind Probleme, die wir nicht länger ignorieren können.

Ein Nationalpark könnte unsere Region attraktiver machen:

- Kommunen werden entlastet, weil der Freistaat dauerhaft in die Infrastruktur investiert
- langersehnte ÖPNV-Anbindungen werden dadurch möglich;
- durch neue zeitgemäße Arbeitsplätze können nachfolgende Generationen vor Ort Arbeit finden
- die Gastronomie wird in den kleinen Dörfern wiederbelebt und stärkt die Gemeinschaft
- Dorfläden und medizinische Versorgung bleiben erhalten oder werden ausgebaut

- Handwerker und Einzelhändler profitieren vom Wirtschaftswachstum; das Geld wird in der Region erwirtschaftet und bleibt auch dort
- Fachkräfte bleiben in der Region

Keine bestehende Nationalpark-Region würde ihren Nationalpark wieder hergeben!

Verantwortliche Kommunalpolitik darf diese Jahrhundert-Chance nicht ungeprüft ausschlagen! Eine nachhaltige, positive Entwicklung unserer Heimat, von der Mensch und Natur gleichermaßen profitieren.